

Keine Gnade für «Utopie»

LDP lehnt Städte-Initiative und Gegenvorschlag ab

Michel Ecklin

Die Liberaldemokraten wollen nichts wissen von weniger Autos auf den Strassen.

Die LDP lehnt im Gesetz verankerte Verkehrsreduzierungen kategorisch ab. Sie empfiehlt für die kantonale Volksabstimmung vom 28. November ein zweifaches Nein, sowohl zur Städte-Initiative als auch zum Gegenvorschlag des Grossen Rats. Die Entscheide fällt die Mitgliederversammlung am Montagabend ohne Gegenstimme. Grossrat Heiner Vischer hatte den rund zwanzig Parteimitgliedern erklärt, aufgrund der prognostizierten Verkehrszunahme bedeute eine Senkung des motorisierten Individualverkehrs um zehn Prozent in zehn Jahren eine faktische Reduktion um 25 Prozent. Dies sei nur mit Road Pricing möglich, das gäben sogar ihre Befürworter zu. «Die Initiative verlangt Utopisches. Es macht keinen Sinn, über Illusionen abzustimmen», meinte Vischer. Der Gegenvorschlag wolle zwar die Hochleistungsstrassen von der Verkehrsreduzierung ausnehmen, aber nur zehn Jahre lang nach der Annahme. Bis Strassen wie die Gundeli-Umfahrung entstehen könnten, würden mindestens 15 Jahre vergehen.

Bei den nationalen Vorlagen lehnt die Partei die Ausschaffungsinitiative der SVP ab, befürwortet aber den Gegenvorschlag. Klar abgelehnt wurde die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP. Auch der Namenswechsel von Liberalen zu Liberaldemokraten (die BaZ berichtete) war ein Thema. Man vermeide mit der «Rückkehr zu den Wurzeln» Verwechslungen mit anderen Parteien, so Präsident Christoph BÜRGENMEIER.